

WIE PASST DAS ZUSAMMEN?

Familienleitbilder junger Menschen und Parteipositionen zur Familienpolitik

Martin Bujard

„Deutschland ist nicht familienfreundlich.“⁰¹ Diese Einschätzung aus dem Jahr 2005 teilten damals die meisten Personen aus Forschung und Medien – und viele Eltern. Es gab in Westdeutschland kaum Kitaplätze und ganztägige Schulangebote, zusammen mit dem dreijährigen Erziehungsurlaub und dem Ehegattensplitting wurden viele Mütter für mehrere Jahre aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Vollzeit berufstätige Mütter kleiner Kinder wurden nicht selten als „Rabenmutter“ titulierte. Von „Vätermonaten“ sprach noch kein Mensch. Eltern erlebten die „strukturelle Rücksichtslosigkeit“⁰² des Arbeitsmarktes gegenüber Familien.

Zwölf Jahre später empfindet es die junge Generation als normal, wenn Mütter von kleinen Kindern arbeiten und auch Väter Elternzeit nehmen. Immer mehr Kleinkinder gehen in Kitas, trotz der Verdreifachung von Kitaplätzen in den zurückliegenden zehn Jahren in Westdeutschland ist die Nachfrage der Eltern vielerorts immer noch größer. Bei vielen Betrieben steht angesichts des angehenden Fachkräftemangels Familienfreundlichkeit auf der Agenda. Auch in den Medien wird statt über den Niedergang der Familie über den leichten Anstieg der Geburtenrate berichtet.

Die Familienpolitik, aber auch die Einstellungen zu Rollen von Müttern und Vätern haben sich grundlegend verändert. Allerdings ist dieser epochale Wandel vom Allein- beziehungsweise Zuverdienermodell zum Zweiverdienermodell noch in vollem Gange.⁰³ Dies zeigt sich auch an einigen grundsätzlichen Widersprüchen: So wird von Müttern zwar ökonomische Unabhängigkeit erwartet, jedoch sind deren Einkommen und Rentenansprüche weitaus geringer als die von Vätern.⁰⁴ Viele Väter wiederum wünschen sich eine intensivere Rolle in der Fürsorge der Kinder, arbeiten im Durchschnitt aber sogar noch mehr als

kinderlose Männer.⁰⁵ Gleichzeitig unterstützt die Politik die Betreuung von Kleinkindern, gibt aber durch das Ehegattensplitting auch Anreize zur traditionellen Arbeitsteilung.⁰⁶

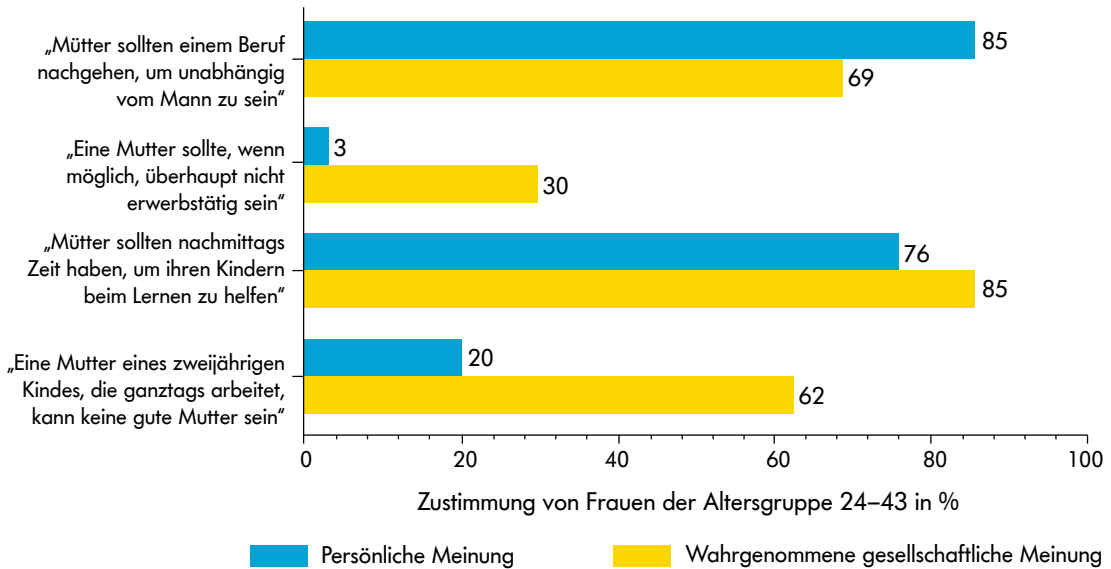
Diese Entwicklung führt dazu, dass Familienpolitik eine zunehmend wichtige Rolle bei Wahlen spielt. Möglicherweise befindet sie sich gegenwärtig in einer entscheidenden Phase. Wird das Reformtempo der vergangenen Jahre beibehalten? Wo unterscheiden sich die Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2017? Wie gut passen die familienpolitischen Leitbilder der Parteien zu denen der jungen Eltern?

LEITBILDER DER JUNGEN GENERATION

Viele familienpolitische Maßnahmen betreffen vor allem die junge Generation, also Frauen und Männer im Alter von etwa 20 bis 45 Jahren, die bereits kleine Kinder haben oder potenzielle Eltern der nächsten Jahre sind. Da diese Generation deutlich egalitäre Einstellungen als frühere Generationen aufweist, lohnt sich ein Blick auf aktuelle empirische Daten. Hierzu werden Befunde aus der zweiten Welle des Familienleitbildsurveys des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung gezeigt, die sich auf die Jahrgänge 1973 bis 1992 beziehen, was im Befragungsjahr 2016 der Altersgruppe von 24 bis 43 Jahren entspricht.

Um Familienleitbilder der jungen Generation zu verstehen, unterscheiden wir zwischen persönlichen Einstellungen und der wahrgenommenen gesellschaftlichen Meinung zum Thema Familie – beides kann sehr unterschiedlich sein.⁰⁷ Zum einen können Generationenunterschiede zutage treten, da die Befragten jünger sind als ein Großteil der Gesellschaft. Zum anderen können gesellschaftliche Widersprüche und Fehlwahrnehmungen aufgedeckt werden.

Abbildung 1: Mütterleitbilder: Diskrepanz zwischen persönlicher und gesellschaftlicher Meinung



Quelle: Familienleitbilder in Deutschland, 2. Welle 2016, gewichtet, eigene Berechnungen.

Die Mütterleitbilder zeigen eine Widersprüchlichkeit (Abbildung 1), die auf eine große Unsicherheit bezüglich der vermeintlich richtigen Lebensmodelle von Müttern schließen lässt. Vor einigen Jahren haben Kampfbegriffe wie „Rabenmutter“ und „Heimchen am Herd“ eine in anderen Ländern kaum vorstellbare Debatte geprägt, bei der verschiedene Lebensmodelle von Müttern diskreditiert wurden. Entsprechend stimmt die Mehrheit der Frauen sowohl der Auffassung zu, dass eine Mutter berufstätig und unabhängig vom Mann sein sollte, als auch der Anforderung, dass sie nachmittags ihren Kindern beim Lernen helfen sollte. Allerdings ist beides gleichzeitig kaum zu leisten, was auf enorm

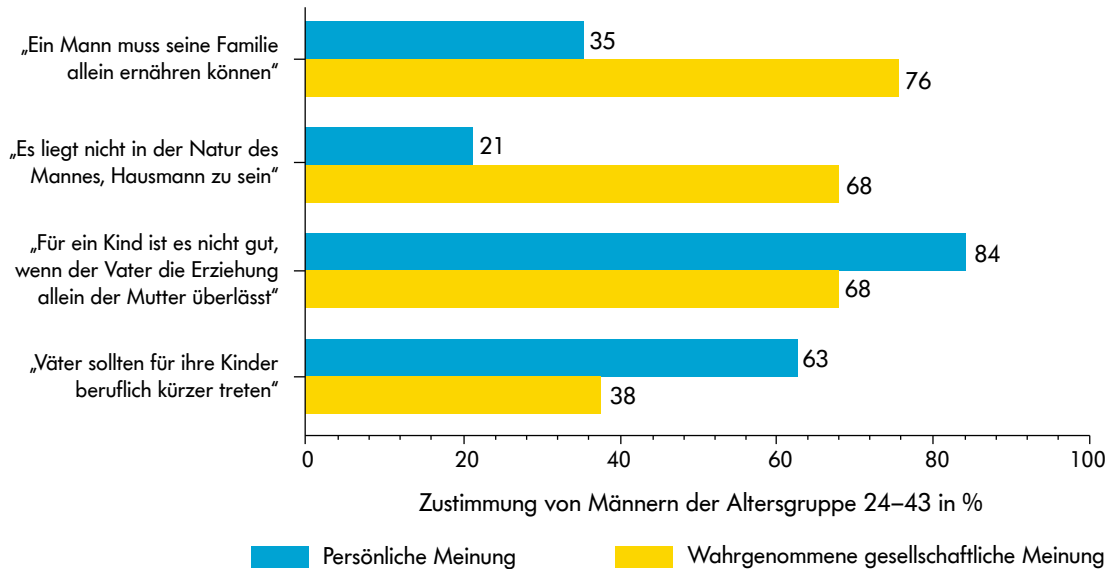
hohe Ansprüche an die Mütter und eine dadurch bedingte Zerrissenheit hinweist. In der jungen Frauengeneration ist der „Rabenmutter“-Vorwurf etwas verstummt; nur eine von 30 jungen Frauen spricht sich für eine dauerhafte Hausfrauenrolle aus, und nur jede Fünfte bewertet es negativ, wenn die Mutter eines Kleinkindes Vollzeit arbeitet. Allerdings nehmen 62 Prozent der jungen Frauen eine Stigmatisierung von vollzeiterwerbstätigen Müttern wahr.

Die Väterleitbilder der jungen Männer zeigen, dass die meisten egalitäre Vorstellungen haben und eine Rolle als aktiver Vater gutheißen (Abbildung 2). Nur eine Minderheit sieht Männer als Ernährer und lehnt umfassende Hausarbeit ab. Die gesellschaftliche Meinung zu diesem Thema empfinden sie jedoch als ganz anders. Bemerkenswert ist, dass fast zwei Drittel der Männer der Meinung sind, „Väter sollten für ihre Kinder beruflich kürzer treten“. Dabei haben diese Männer zugleich den Eindruck, dass sie damit gesellschaftlich in der Minderheit sind.

Da es zwischen den Arbeitszeiten, die in Westdeutschland oft traditionellen Mustern entsprechen, und den überwiegend egalitären Leitbildern eine große Diskrepanz gibt, wurde in der zweiten Welle des Familienleitbildsveys die Frage nach der idealen Arbeitszeit für Eltern eines Kleinkindes gestellt. Hierbei zeigt sich, dass westdeutsche Frauen überwiegend Teilzeitarbeit im Bereich ei-

01 Malte Ristau, Der ökonomische Charme der Familie, in: APuZ 23–24/2005, S. 16–22, hier S. 16.
 02 Franz-Xaver Kaufmann, Zukunft der Familie im vereinten Deutschland, München 1995, S. 132ff.
 03 Vgl. Gøsta Esping-Andersen, The Incomplete Revolution, Cambridge 2009.
 04 Vgl. OECD, Dare to Share – Deutschlands Weg zur Partnerschaftlichkeit in Familie und Beruf, Paris 2016. Siehe hierzu auch den Beitrag von Janine Bernhardt in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.)
 05 Vgl. Martin Bujard/Lars Schwebel, Väter zwischen Wunsch und Realität, in: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik 2/2015, S. 211–224.
 06 Vgl. Holger Bonin et al., Zentrale Resultate der Gesamtevaluation familienbezogener Leistungen, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW-Wochenbericht 40/2013.
 07 Vgl. Norbert F. Schneider/Sabine Diabaté/Kerstin Ruckdeschel (Hrsg.), Familienleitbilder in Deutschland, Opladen 2015.

Abbildung 2: Väterleitbilder: Diskrepanz zwischen persönlicher und gesellschaftlicher Meinung



Quelle: Familienleitbilder in Deutschland, 2. Welle 2016, gewichtet, eigene Berechnungen.

ner halben Stelle präferieren, nur jede Zwanzigste hält Vollzeit für ideal, und nur jede Sechste befürwortet es, gar nicht zu arbeiten (Abbildung 3). Ostdeutsche Frauen sprechen sich dagegen überwiegend für vollzeitnahe Teilzeit aus.

Die ideale Arbeitszeit für Väter, die mit ihrer Partnerin und einem zweijährigen Kind zusammenleben, relativiert die oben genannten Befunde zu den Väterleitbildern deutlich. Während allgemein befragt fast zwei Drittel bereit waren, beruflich für die Kinder kürzer zu treten, halten es bei genauer Nachfrage nur 23 Prozent der westdeutschen und 30 Prozent der ostdeutschen Männer für ideal, (vollzeitnah) in Teilzeit zu arbeiten. Die überwältigende Mehrheit präferiert nach wie vor einen Vollzeitjob, wenn ein Kleinkind zuhause ist. Hier ist zu betonen, dass sich die Antworten zwischen den Geschlechtern kaum unterscheiden.

Die skizzierten Familienleitbilder zeigen, dass in der jungen Generation Deutschlands das Hausfrauenmodell einerseits nur noch von einer kleinen Minderheit als ideal angesehen wird, dass andererseits aber auch nur eine Minderheit eine rechnerische Gleichheit in Erwerbs- und Betreuungsarbeit zwischen den Geschlechtern bevorzugt. Fast alle befürworten ein flexibles Zweiverdienermodell, wobei die meisten Frauen zunächst Teilzeit und mit zunehmendem Alter der Kinder Vollzeit beziehungsweise vollzeitnah

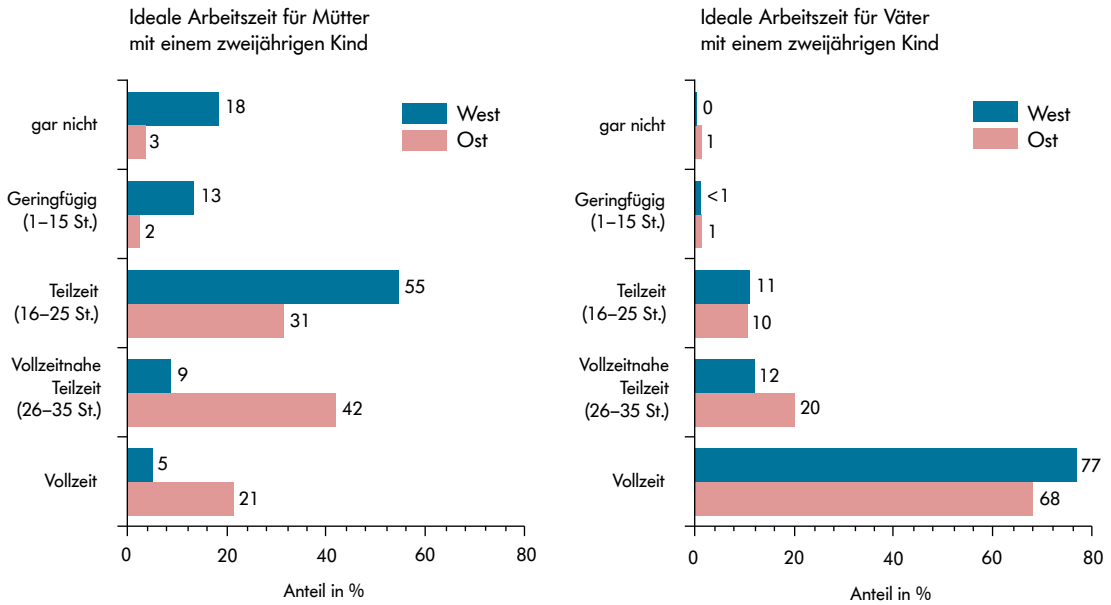
arbeiten wollen. Dies als „Zuverdienermodell“ zu bezeichnen, wäre unzutreffend, da nur wenige geringfügige Arbeitszeiten präferieren und der Begriff die Leistung von Müttern, die 20 oder 30 Stunden pro Woche arbeiten, diskreditiert. Für die meisten jungen Väter ist Teilzeit abschreckend im Hinblick auf ihre Rolle, ihren Verdienst und ihre Karriereaussichten. Trotzdem gibt es den deutlichen Wunsch nach einer aktiven Vaterrolle, der durch das Elterngeld nochmals verstärkt wurde. Der entsprechende Freiraum wird aber eher durch Verzicht auf Freizeit und Sport geschaffen.

PARTEIPOSITIONEN IM WAHLJAHR

Im Folgenden werden die familienpolitischen Positionen der CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, FDP und AfD verglichen. Dabei stehen die Felder Kitas und Ganztagsschulen, finanzielle Transfers, Zeitpolitik und Pflege sowie Familienrecht im Mittelpunkt.⁰⁸

⁰⁸ Grundlage der folgenden Ausführungen und Quellen der nicht anders gekennzeichneten Zitate sind die Wahlprogramme der Parteien sowie die dazugehörigen Entwürfe. Eine Übersicht über alle Programme findet sich auf der Themenseite der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramme_btwahl2017.html.

Abbildung 3: Einstellungen zur idealen Arbeitszeit für Eltern eines Kleinkindes



Quelle: Familienleitbilder in Deutschland, 2.Welle von 2016, gewichtet, eigene Berechnungen.

Kitas und Ganztagsbetreuung

Mit Ausnahme der AfD betonen alle betrachteten Parteien die Bedeutung von Kleinkindbetreuung für die frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die CDU verpflichtet sich dem Ziel, gemäß der steigenden Nachfrage die Zahl der Kitaplätze auszubauen. Auch die Qualität in Kitas wollen mehrere Parteien verbessern. Die Grünen fordern, in einem Bundesgesetz Qualitätsstandards festzulegen, die einen Betreuungsschlüssel von maximal vier Kindern unter drei Jahren und zehn älteren Kindern pro Erzieher oder Erzieherin umfassen. Der von der Linken geforderte Betreuungsschlüssel ist weitreichender und erlaubt maximal drei Kinder unter drei Jahren und acht ältere Kinder. Auch die SPD verspricht zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher. Eine Aufwertung des Erzieherberufes wollen SPD, Grüne und Linke, auch durch die Verbesserung der Ausbildung.

Differenzen gibt es vor allem bei der Finanzierung: SPD und Linke versprechen in ihren Wahlprogrammen gebührenfreie Bildung, die SPD fordert die schrittweise Abschaffung von Kitagebühren. Die CDU/CSU, die Grünen und die FDP sind gegen gebührenfreie Kitas, weil davon auch Besserverdienende profitieren würden. Die knappen Mittel sollten daher eher in die Qualität investiert werden.

Die AfD fordert, die Betreuung zuhause finanziell genauso zu unterstützen wie Kitas und Tagesmütter, da sich „Kinder unter drei Jahren (...) am wohlsten [fühlen], wenn sie durch die eigenen Eltern betreut werden“. Die FDP dagegen möchte die Finanzierung von Kitas und Schulen auf Bildungsgutscheine umstellen, um einen Qualitätswettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Trägern zu forcieren. Einen Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung für Kita- und Schulkinder versprechen SPD und Grüne. Auch die CDU will einen Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder im Grundschulalter durchsetzen.

Finanzielle Transfers

Ein zentrales Thema im Bundestagswahlkampf 2017 ist das Ehegattensplitting, das verheiratete Paare steuerlich begünstigt. Während die Unionsparteien, AfD und die FDP dieses unverändert beibehalten und dafür den Kinderfreibetrag anheben möchten, verspricht die SPD die Einführung eines Familiensplittings, das ebenso für unverheiratete Paare gelten soll, um Familien mit Kindern und auch Alleinerziehende zu entlasten. Die Grünen setzen sich für eine Individualbesteuerung und eine Kindergrundsicherung ein, wobei sie wie die Sozialdemokraten ein Wahlrecht zwischen altem Ehegattensplitting und neuem Modell vorsehen. Die Linke kritisiert das

Ehegattensplitting am schärfsten und schlägt vor, es durch „familienfreundliche Steuermodelle“ zu ersetzen, wobei das Existenzminimum frei übertragbar bleiben soll.

Bei den finanziellen Transferleistungen für Kinder gibt es verschiedene Ansätze, neue einzuführen oder auch bestehende zu bündeln. Die SPD möchte ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld einführen, wobei Kindergeld und Kinderzuschlag kombiniert werden sollen – Familien mit geringem Einkommen erhielten 393 Euro. Die Grünen schlagen als bedarfsdeckende Unterstützung für Alleinerziehende und geringverdienende Familien einen „Kindergeld-Bonus“ vor, der ohne Antragstellung ausgezahlt werden soll. Wie die Grünen spricht sich auch die Linke für eine Kindergrundsicherung aus und nennt dabei eine Leistungshöhe von 564 Euro. Als Zwischenschritt dahin möchte sie das Kindergeld von derzeit 192 Euro für das erste Kind auf 328 Euro für alle Kinder erhöhen. CDU und CSU versprechen eine Kindergelderhöhung um 25 Euro. Um mehr Familien zu einem Eigenheim zu verhelfen, stellt die CDU ein Baukindergeld von 1200 Euro pro Kind und Jahr und die SPD ein sozial gestaffeltes Familienbaugeld in Aussicht. Die FDP plant, den „Strauß der kindesbezogenen Leistungen“ als „Kindergeld 2.0“ zu bündeln und zentral auszus zahlen.

Zeitpolitik und Pflege

Basierend auf Vorschlägen der ehemaligen Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig möchte die SPD eine Familienarbeitszeit und ein Familiengeld von 24 Monaten einführen. Voraussetzung für ein Familiengeld in Höhe von 150 Euro monatlich für beide Eltern ist, dass beide ihre Arbeitszeit partnerschaftlich aufteilen. Diese Aufteilung wird durch den Korridor von 75 bis 90 Prozent der jeweiligen Vollzeitarbeit definiert, was etwa 26 bis 36 Wochenstunden entspricht. CDU und CSU kritisieren diese Vorschläge als Bevormundung.

Die Linke fordert eine „radikale Umverteilung von Erwerbsarbeit und Sorge-Arbeit“. Sie möchte das Elterngeld auf zwölf Monate pro Elternteil und 24 Monate für Alleinerziehende ausbauen. Das Elterngeld soll zu einem Elterngeldkonto weiterentwickelt und in Teilabschnitten bis zum siebten Geburtstag des Kindes ermöglicht werden. Die Grünen werben für eine „KinderZeit Plus“, die das Elterngeld ersetzen soll.

Diese soll 24 Monate umfassen – jeweils acht für jedes Elternteil sowie acht weitere zur freien Aufteilung – und genommen werden können, bis die Kinder 14 Jahre alt sind.

Mit Blick auf bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie betonen die Unionsparteien und die FDP die Bedeutung von Telearbeit. Die CSU fordert zudem einen einfacheren Wechsel zwischen Voll- und Teilzeit in beide Richtungen, auch Grüne und Linke befürworten ein Rückkehrrecht auf Vollzeit beziehungsweise die vorherige Arbeitszeit. Die SPD mahnt einen „Kulturwandel in der Arbeitswelt“ und die „Abkehr vom ‚Präsenz-Wettbewerb‘ im Beruf“ an, wobei der öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle einnehmen soll. Die Grünen werben für eine flexible Vollzeit mit einem Korridor von 30 bis 40 Stunden sowie ein Recht auf Homeoffice. Die FDP favorisiert Langzeitkonten, um die „Rushhour des Lebens“ zu entzerren.

Auch das Thema Pflege wird in mehreren Wahlprogrammen als wichtig angesprochen. Die Modelle ähneln sich in ihrer Systematik der Zeitpolitik für Familien mit Kindern. So fordert die SPD eine Familienarbeitszeit im Korridor von 75 bis 90 Prozent Vollzeit für Pflegenden, die Grünen eine „PflegeZeit Plus“, die bis zu drei Monate einen Lohnersatz vorsieht.

Familienrecht und Ehe für alle

Alle betrachteten Parteien definieren Familie anhand der beiden Kriterien Übernahme von Verantwortung und Vorhandensein von Kindern – was auch dem Leitbild der Bevölkerung entspricht.⁰⁹ Eine Ausnahme bildet die AfD, die die „bedingungslose Förderung Alleinerziehender“ durch die anderen Parteien kritisiert. Sie fordert stattdessen, dass „schwerwiegendes Fehlverhalten gegen die eheliche Solidarität (...) bei den Scheidungsfolgen wieder berücksichtigt werden“ müsse.

Nachdem sich auch die Unionsparteien lange Zeit gegen Relativierungsversuche der traditionellen Ehe von Mann und Frau ausgesprochen hatten und bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften am Statut der eingetragenen Lebenspartnerschaft festhielten, hat sich hier jüngst eine plötzliche Wendung ergeben. Am 30. Juni 2017

⁰⁹ Vgl. Detlev Lück/Kerstin Ruckdeschel, Was ist Familie?, in: Schneider/Diabaté/Ruckdeschel (Anm. 7), S. 61–76.

beschloss der Bundestag, dass künftig auch homosexuelle Paare heiraten und Kinder adoptieren dürfen. Zuvor hatten sich SPD, Grüne, Linke und auch die FDP klar für eine „Ehe für alle“ ausgesprochen, woraufhin Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Entscheidung darüber als Gewissensentscheidung bezeichnete und damit den Weg für die Abstimmung im Parlament freimachte. Zwar stimmte die Mehrheit der Unionsfraktion gegen die Ausweitung der Ehe, doch mit dem Beschluss dürfte das Thema im Wahlkampf keine Rolle mehr spielen. Die AfD hat unterdessen angekündigt, gegen die „Ehe für alle“ juristisch vorgehen zu wollen.

„WAHLFREIHEIT“ VS. „PARTNERSCHAFTLICHKEIT“

Betrachtet man die Wahlprogramme und die aktuelle familienpolitische Debatte, lassen sich einige zentrale konzeptionelle Unterschiede zwischen den Volksparteien CDU/CSU und SPD konstatieren.

Die Unionsparteien verfolgen einen Ansatz, der die aktuellen Vorstellungen der Menschen zum Ausgangspunkt ihrer Politikangebote macht. Das zentrale Leitmotiv ihrer Familienpolitik ist „Wahlfreiheit“. Diese erfordert einerseits einen Ausbau der Kinderbetreuung und andererseits ein Angebot an jene Familien, die das klassische Hausfrauen-/Alleinverdienermodell leben möchten. Der Begriff „Wahlfreiheit“ unterstreicht eine Neutralität gegenüber der Gestaltung des Familienlebens, die die Union in Abgrenzung zur SPD auch ausdrücklich für sich beansprucht. Kritiker sehen darin nur die Rechtfertigung für eine rückwärtsgewandte Orientierung am Hausfrauenmodell. Das Paradigma der Wahlfreiheit hat auch eine gesellschaftspolitische Dimension als Angebot an die ältere Generation, in der dieses Modell noch häufig gelebt wurde und die eine beträchtliche Wählergruppe bildet. Dem Vorwurf, dass die Familienpolitik der Union einseitig das Hausfrauenmodell stärke, begegnen CDU/CSU mit dem Hinweis auf den Kita-Ausbau in Merks Regierungzeit.

Die SPD verfolgt dagegen einen sozialpolitisch aktivierenden Ansatz, der es zum Ziel hat, das Verhalten von Eltern bei der Aufteilung von Berufs- und Familienarbeit zu ändern und auf diese Weise eine Gleichstellung zwischen den Geschlechtern zu erreichen. Das zentrale Leit-

bild der sozialdemokratischen Familienpolitik ist „Partnerschaftlichkeit“. Konkurrierende Parteien werfen ihr dagegen Bevormundung vor, weil sie Paaren ein bestimmtes Lebensmodell aufdrängen wolle. Die Familienarbeitszeit zum Beispiel setze finanzielle Anreize für ein Arbeitszeitmuster von Frauen, das zumindest in Westdeutschland nur eine Minderheit der jungen Frauen präferiere. Den Vorwurf der Bevormundung gab es allerdings auch schon im Willensbildungsprozess der Elterngeldreform bezüglich der Partnermonate, deren Einführung inzwischen auch von anderen Parteien als Erfolg gewertet wird. Tatsächlich haben Elterngeld und Kita-Ausbau, die auch von der SPD vorangetrieben wurden, gezeigt, dass ein gesellschaftspolitischer Wandel nicht nur von der Politik begleitet, sondern auch von ihr beschleunigt werden kann.

Die Unterschiede zwischen den Leitbildern zeigen sich auch deutlich beim Thema Bekämpfung von Altersarmut für Mütter: Die Strategie der SPD ist es, Mütter am Arbeitsmarkt zu aktivieren, ihren Tritt in die „Teilzeitfalle“ zu verhindern und gleichzeitig die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede (*gender pay gap*) zu reduzieren. Hierfür sollen „typische Frauenberufe“ aufgewertet werden, sodass die gegenwärtige Generation von Müttern kleiner Kinder adäquate Rentenansprüche erwirbt. Die Strategie der CDU ist es, die Frauen, die diesen Weg gehen wollen, zu unterstützen, gleichzeitig aber auch die Erziehungszeiten der Mütter bei der Rente zu berücksichtigen. Die bisherige Forschung weist darauf hin, dass die Steigerung vollzeithafter Beschäftigung von Müttern für die noch jüngere Generation langfristig zu einer vergleichsweise höheren Alterssicherung führt,¹⁰ während die ältere Müttergeneration von der Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Rente mehr profitiert.

Ein weiterer wichtiger Unterschied zeigt sich bei der Frage nach den Kitagebühren. Dieser lässt sich relativ gut anhand der klassischen Wohlfahrtsstaatstypen erklären. Die Forderung von SPD und Linken nach Gebührenfreiheit entspricht dem Universalitätsprinzip des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates. Die Position der Unionsparteien und der Grünen, von Eltern, die keine Geringverdiener sind, Gebühren zu erheben, entspricht dem Bedürftigkeitsprinzip des li-

¹⁰ Vgl. Esping-Andersen (Anm. 3); OECD (Anm. 4).

beralen Wohlfahrtsstaates. Interessant ist die Verortung des Bildungsgutscheins der FDP, der bei gleicher Höhe für Eltern unterschiedlicher Einkommen auch dem Universalitätsprinzip entspricht, kombiniert mit einer ordnungspolitischen Öffnung für private Anbieter.

KÖNIGSWEG: DAS FLEXIBLE ZWEIVERDIENERMODELL?

Zwischen den Familienleitbildern der neuen Elterngeneration und den Konzepten der im Bundestag vertretenen Parteien gibt es einige Übereinstimmungen: Dies betrifft Elternzeit, Väterzeit, eine lebensformneutrale Definition von Familie und die Akzeptanz von Kleinkindbetreuung. Gerade zwischen den Volksparteien CDU/CSU und SPD gibt es hier deutliche Schnittmengen, nicht zuletzt waren sie in den Großen Koalitionen von 2005 bis 2009 und von 2013 bis 2017 gemeinsam für die jüngsten Reformen verantwortlich.

Erhebliche Unterschiede zwischen den Parteien und den Vorstellungen der jungen Erwachsenen gibt es hinsichtlich der Aufteilung von beruflicher und familiärer Arbeit im Lebensverlauf sowie zwischen den Geschlechtern. Die Mütter- und Väterleitbilder zeigen, dass es hier erhebliche Widersprüche gibt, die sich auch in den Politikangeboten widerspiegeln, die in den Begriffen „Wahlfreiheit“ und „Partnerschaftlichkeit“ kulminieren. Wie oben gezeigt, polarisieren diese die Volksparteien. Jedoch sieht es nur eine Minderheit der Mütter mit einem Kleinkind als ideal an, Vollzeit zu arbeiten – ebenso wie es nur eine Minderheit favorisiert, in dieser Phase gar nicht zu arbeiten. Die meisten wünschen sich, in Teilzeit zu arbeiten und später, wenn die Kinder älter sind, das berufliche Arbeitspensum zu erhöhen.

Das Leitbild der jungen Erwachsenen entspricht somit dem flexiblen Zweiverdienermodell, das erhebliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Chancen bietet.¹¹ Es ist dreifach flexibel: *erstens* mit Blick auf den Lebensverlauf, da die berufliche Arbeitszeit in der „Rushhour des Lebens“ geringer ist und ab dem Schulalter der Kinder Richtung Vollzeit für beide Eltern tendiert; *zweitens* zwischen den Partnern, sodass nicht zwangsläufig eine rechnerische Gleichheit

der Arbeitsstunden erwartet wird; und *drittens*, weil es unterschiedliche Präferenzen und Aufteilungen zulässt – beispielsweise kürzere und längere Phasen von Teilzeitarbeit oder unterschiedliche Stundenumfänge.

Die Familienleitbilder junger Eltern offenbaren unterschiedliche Präferenzen bei den Ausprägungen von Teilzeitarbeit, was dem Prinzip von „Wahlfreiheit“ nahe kommt. Die Familienleitbilder zeigen aber auch klar, dass ein Verständnis von „Partnerschaftlichkeit“ in dem Sinne existiert, dass Mütter und Väter jeweils beides wollen: sowohl berufstätig als auch aktiv sein in der Fürsorge der Kinder.

Die Kombinationen von Beruf und Familie im Lebensverlauf sind sehr vielfältig. Ein zentraler Zielkonflikt der Familienpolitik ist, einerseits verschiedene Familienmodelle zu ermöglichen, andererseits kohärent und widerspruchsfrei zu sein. Wenn sich die Politik an dem von der Mehrheit präferierten Modell orientieren möchte, ist dies bei der jungen Generation das flexible Zweiverdienermodell mit einer geringeren Arbeitszeit in der Lebensphase, in der sich Familiengründung und berufliches Fortkommen meist überschneiden. Insofern ist für Familien ein weiterer Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagschulen essenziell. Aber auch zeitpolitische Maßnahmen können die junge Elterngeneration unterstützen. Das größte Problem betrifft den Arbeitsmarkt: Hier mangelt es an vollzeitnahen Teilzeitangeboten und Übergängen zwischen unterschiedlichen Wochenarbeitsstunden. Die „Rushhour des Lebens“ mit kleinen Kindern, die geringe Zeit von Vätern für ihre Kinder im Vergleich zu ihren Ansprüchen und die Tatsache, dass sich viele Mütter dauerhaft mit einer schlechten Bezahlung in der Teilzeitfalle befinden, weisen den Weg für erheblichen familienpolitischen Bedarf.

Für wertvolle Kommentare danke ich Agnes Blome, Samira Beringer, Sabine Diabaté, Kerstin Ruckdeschel und Katrin Schiefer.

MARTIN BUJARD

ist promovierter Politikwissenschaftler und Forschungsdirektor am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB). Dort leitet er den Forschungsbereich Familie und Fertilität. martin.bujard@bib.bund.de

¹¹ Vgl. Martin Bujard, Das flexible Zweiverdienermodell und seine vielfältigen Chancen, Konrad-Adenauer-Stiftung, Analysen & Argumente 214/2016.

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Familienpolitik

Anja Steinbach

MUTTER, VATER, KIND:
WAS HEISST FAMILIE HEUTE?

Martin Bujard

WIE PASST DAS ZUSAMMEN?
FAMILIENLEITBILDER
JUNGER MENSCHEN UND
PARTEIPOSITIONEN ZUR
FAMILIENPOLITIK

Irene Gerlach

FAMILIENPOLITIK IN DER
BUNDESREPUBLIK:
KLEINE POLITIKFELDGESCHICHTE

Sabine Hübgen

ARMUTSRISIKO
ALLEINERZIEHEND

Janine Bernhard

GESCHLECHTER-
(UN)GERECHTIGKEIT:
ZUR VEREINBARKEIT VON
FAMILIE UND BERUF

Nicole Beste-Fopma · Volker Baisch

WETTBEWERBSVORTEIL
FAMILIENBEWUSSTSEIN.
„FAMILIENPOLITIK“ VON
UNTERNEHMEN

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**